



Kreistagsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und FREIE WÄHLER | Am Rübezahlwald 7 | 51469 Bergisch Gladbach

Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises

Herrn Stephan Santelmann

Am Rübezahlwald 7

51469 Bergisch Gladbach

KREISTAGSFRAKTIONEN
CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD,
FDP und FREIE WÄHLER

05.10.2022

Resolution des Kreistages des Rheinisch-Bergischen Kreises: Finanzierung des ÖPNV neu aufstellen

Sehr geehrter Herr Santelmann,

die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und FREIE WÄHLER beantragen, in der nächsten Kreistagssitzung am 20. Oktober 2022 folgende Resolution zu verabschieden und diese an den Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing, den Bundesminister für Finanzen Christian Lindner sowie den Landesminister für Verkehr Oliver Krischer und den Landesminister für Finanzen Dr. Marcus Optendrenk, weiterzuleiten:

Bund und Land sind aufgefordert, für die weitere Umsetzung eines nachhaltigen und zukunftsfähigen ÖPNV neben den Finanzierungssäulen „Ticketlöse“ und „Verlustübernahme durch die Gebietskörperschaften“ dauerhaft eine dritte Säule zu implementieren: „Steuermittel Bund und Länder“. Diese dritte Säule sollte sich ausschließlich aus den Steuern des Bundes und der Länder speisen. Ziel muss ein stärker steuerfinanzierter ÖPNV sein, da im bestehenden Finanzierungssystem die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit und an den Klimaschutzbeitrag nicht zu erfüllen sind.

Begründung:

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss durch eine Investitionsoffensive von Bund und Ländern finanziell besser unterstützt werden, um die Klimaziele im Verkehrssektor erfüllen und das lokale Mobilitätsangebot weiter verbessern zu können. Dies haben CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD in den letzten Jahren immer gefordert und umgesetzt. Zwischenzeitlich hat sich die Situation durch Corona und die enormen Energiepreiserhöhungen weiter verschärft. Die sich abzeichnende Finanzierungslücke von 11 Milliarden Euro im Jahr 2030 muss deshalb unbedingt durch Bund und Länder geschlossen werden.¹

Mobilität ist ein unverzichtbarer Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und somit ein wichtiger Standortfaktor. Egal ob es um die Wege zur Arbeit, in

Kreistagsfraktionen von
CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP
und FREIE WÄHLER
im Kreistag des
Rheinisch-Bergischen Kreises
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

¹ https://www.gar-nrw.de/sites/default/files/redakteur/Dateien/RS_U_6121_PoPa_Zukunft_Klimaschutz_Anlage.pdf

die Schule, zum Ausbildungsplatz oder auch Fahrten in der Freizeit geht: Die zukünftige Gestaltung der Mobilität muss darauf ausgerichtet sein, die von Bund und Ländern definierten Wachstums- und Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen.

Mit seinen gut 280.000 Einwohnern weist der Rheinisch-Bergische Kreis sowohl stark verdichtete als auch ländlich geprägte Räume auf. Zudem gibt es intensive verkehrliche Beziehungen in die Rheinschiene, die sich in hohen Einpendler- bzw. Auspendlerzahlen widerspiegeln.

Der ÖPNV stellt ein unverzichtbares Rückgrat für die Mobilität dar, ist Bestandteil der Daseinsfürsorge und leistet damit einen hohen gesellschaftlichen und klimapolitischen Beitrag. Aus diesem Grund investiert der Rheinisch-Bergische Kreis als ÖPNV-Aufgabenträger mit seinen 8 Kommunen und den kommunalen Verkehrsunternehmen seit Jahren verstärkt in einen klima- und umweltfreundlichen ÖPNV.

Um die klimapolitischen Ziele erreichen zu können, die sich aus den Gesetzen des Landes und des Bundes ergeben, und die nicht zuletzt im European Green Deal festgeschrieben sind, ist eine quantitative und qualitative Verbesserung des Leistungsangebotes unabdingbar: Busse und Bahnen müssen bedarfsgerecht häufiger fahren als bisher. Nur dann wird sich der ÖPNV als echte Alternative zum Pkw etablieren. Das bedeutet konkret, dass insbesondere auch in Tagesrandlagen sowie am Wochenende eine Verdichtung des Fahrplanangebots erfolgen muss. Darüber hinaus bedarf es einer besseren Vernetzung aller vorhandenen Verkehrsmittel. Diesen Weg beschreiten Verkehrsunternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis bereits, die auch andere Mobilitätsangebote wie Mietfahrräder, Carsharing, Anrufsammeltaxis u. a. in die Mobilitätsangebote einbinden.

Um ein bedarfsgerechtes, zukunftsfähiges sowie klima- und umweltfreundliches ÖPNV-Angebot aufrechterhalten und weiter ausbauen zu können, muss eine langfristig belastbare Finanzierungsgrundlage geschaffen werden. Mit der aktuell bestehenden Finanzierungsstruktur sind die ambitionierten Ziele einer Verkehrswende allerdings nicht erreichbar.

Bisher ruht die Finanzierung auf zwei tragenden Säulen: der Steuerfinanzierung und der Nutzerfinanzierung. Bund, Länder und Gemeinden stellen aus verschiedenen Quellen umfangreiche Mittel zur Finanzierung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur bereit. Ergänzt wird diese Finanzierung wesentlich durch Einnahmen aus Ticketverkäufen. Allerdings werden vor allem die Betriebs- aber auch die Investitionskosten der Verkehrsunternehmen hierdurch immer weniger gedeckt. Es zeichnet sich ab, dass die Einnahmen der Verkehrsunternehmen nicht mehr ausreichen werden, um die in der Zukunft erheblich steigenden Aufwände zu decken.

Neben den allgemeinen steigenden Kosten für Energie und Personal gilt es künftig auch, die Ausgaben für eine lückenlose digitale Fahrgastinformation, Investitionen in eine moderne und barrierefreie Infrastruktur sowie in Fahrzeuge mit sauberen, emissionsarmen Antriebstechnologien zu kompensieren. Zusätzlich wird der Fachkräftemangel die Verkehrsunternehmen vor weitere finanzielle Herausforderungen stellen.

Um das Ziel zu erreichen, die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln, ist eine Erhöhung der Betriebsleistung im ÖPNV um durchschnittlich 60% nötig.

05.10.2022

Eine solche massive Ausweitung des Leistungsangebotes wird zu einem sehr hohen zusätzlichen investiven Mittelbedarf führen. Die aktuell geplante Aufstockung der Regionalisierungsmittel für Infrastruktur und Betrieb trägt dem im Bereich der Schiene Rechnung. Vergleichbares ist im Bereich des Öffentlichen Straßenpersonenverkehrs mit Bussen und Bahnen (ÖSPV) im Verantwortungsbereich der Kreise und kreisfreien Städte nicht zu erkennen. Hier fehlt ein grundsätzliches und nachhaltiges Finanzierungsinstrument, damit die öffentlichen Aufgabenträger ihren Verpflichtungen nachkommen können. Die aktuellen Zuschüsse sind bei weitem nicht ausreichend!

Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus coronabedingten Einnahmefällen und den enormen Preissteigerungen u. a. für Kraftstoffe. Daher werden selbst bei Erreichen des Fahrgastniveaus von 2019 durch die Kostensteigerungen in allen Bereichen die Mittel und die Einnahmen nicht auskömmlich sein. Gleichzeitig ist die Akzeptanzgrenze für weitere Tarifierhöhungen erreicht. Es bedarf insofern einer schnellen Nachfolgeregelung für das 9 € Ticket, die vom Bund und den Ländern getragen werden muss. Denn auch die Belastungsgrenze der Kommunen, die die finanziellen Verluste aus dem ÖPNV über die Kreisumlage und die ÖPNV-Umlage tragen, ist nicht erst nach Corona ebenfalls erreicht. Angesichts dieser Umstände und ohne eine weitere Säule der Finanzierung bliebe nur noch eine Reduzierung des Angebots als letzte Option. Dies wäre ein fatales Signal, sowohl an die Nutzerinnen und Nutzer, aber auch für den Klimaschutz! Signal muss vielmehr sein, dass die positiven Effekte des 9 € Tickets – hohe Fahrgastzahlen, Rückgang der individuellen Mobilität, Reduzierung des CO₂-Ausstoßes – verstetigt werden.

Eine zukunftsfähige Mobilität kann also offensichtlich nicht allein durch Ticketverkäufe und die Gebietskörperschaften finanziert werden! Wenn das Verkehrsangebot weiterhin aufrechterhalten und in die Ausweitung des ÖPNV-Angebots investiert werden soll, muss die Gesamtfinanzierung des ÖPNV neu geordnet und zur Finanzierung eine „dritte Säule“ von Bund und Land eingerichtet werden.

Mit Blick auf Klimaschutz und Lebensqualität will der Rheinisch-Bergische Kreis zusammen mit seinen Kommunen und Verkehrsunternehmen die Verkehrswende weiter vorantreiben. Ein starker Umweltverbund mit einem deutlich attraktiveren ÖPNV muss dafür das Rückgrat bilden. Guter ÖPNV darf jedoch nicht ausschließlich von der Kassenlage der Kommunen und Landkreise abhängen. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist zusammen mit seinen 8 Kommunen bei der Finanzierung dieses gesellschafts- und verkehrspolitischen Ziels inzwischen eindeutig überfordert, was im Übrigen wahrscheinlich deutschlandweit gilt. Deshalb müssen Bundes- und Landesmittel in ein deutschlandweites ÖPNV-Finanzierungsprogramm investiert werden.

Aus Sicht des Kreistags ist es zwingend notwendig, den Wandel der ÖPNV-Finanzierung von einer überwiegenden Nutzerfinanzierung zu einer stärkeren öffentlichen Finanzierung durch Bund und Land einzuleiten, damit die Verkehrswende aktiv gestaltet und die gesteckten Klimaschutzziele erreicht werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Johannes Dünner
Fraktionsvorsitzender

Gez.

Ursula Ehren
Fraktionsvorsitzende

Gez.

Gerhard Zorn
Fraktionsvorsitzender

Gez.

Werner Conrad
Fraktionsvorsitzender

Gez.

Dr. Alexander Engel
Fraktionsvorsitzender